

Staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration			29. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 06.12.2018	Sitzungsbeginn: 15:16 Uhr	Sitzungsende: 18:02 Uhr	Sitzungsort: KWADRAT (Werkstatt Bremen/Martinshof), Wilhelm- Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Herr Möhle eröffnet die Sitzung der Deputation und begrüßt deren Mitglieder, Sachverständige und Gäste sowie eine Gruppe Studierender des Studiengangs Politikmanagement der Hochschule Bremen. Er entschuldigt Frau Senatorin Stahmann, die an der Arbeits- und Sozialministerinnenkonferenz in Münster teilnehme.

Herr Möhle weist darauf hin, dass eine Induktionsschleife installiert wurde. Damit diese korrekt arbeiten könne, sei es erforderlich, die Mikrofone zu benutzen.

Die Leitung der Anhörung übergibt er an die Verwaltung.

Herr Dr. Steinbrück teilt mit, dass drei Vertreter der Behindertenverbände sich zu Wort melden werden.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

0. Durchführung einer Anhörung zum Bremischen Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts
1. Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018
2. Protokoll über die Sitzung am 01.11.2018
3. Bremisches Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts (**Vorlage Nr. 130/19**)
4. Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen – Teilhabe fördern und Diversität gestalten (**Vorlage Nr. 131/19**)
5. Richtlinie zur Landesförderung der Schuldnerberatung in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (**Vorlage Nr. 132/19**)
6. Stiftung Anerkennung und Hilfe (**Vorlage Nr. 133/19**)
7. Personelle Verstärkung der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht / Aktuelle Personal- und Arbeitssituation
(Vorlage Nr. 129/19 in der Sitzung am 01.11.2018 ausgesetzt)
8. Pflegeberufsreformgesetz
 - a) Stand Umsetzung Pflegeberufereformgesetz (**Vorlage Nr. 134/19**)
 - b) Bekanntmachung über die zuständigen Behörden und Stellen nach dem Pflegeberufegesetz (**Vorlage Nr. 135/19**)

- c) Vorfinanzierung der zuständigen Stelle nach dem Pflegeberufegesetz
(Vorlage Nr. 136/19)
9. Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen, die Opfer von Daesh*-Terror
geworden sind, aufsetzen (Vorlage Nr. 137/19)
10. Produktbereichscontrollingbericht 1-9/2018 (Vorlage Nr. 138/19)
11. Bericht zum Stand der Versorgung, Teilhabe und Integration unbegleiteter
minderjähriger und heranwachsender Ausländer*innen (umA) (Vorlage Nr. 139/19)
12. Verschiedenes
- a) Veröffentlichung von Leistungsentgelten sozialer Einrichtungen
(Berichtsbitte der Fraktion der CDU vom 04.10.2018) (Vorlage Nr. 140/19)

**TOP 0: Durchführung einer Anhörung zum Bremischen Gesetz zur Weiterentwicklung
des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts**

Die Verwaltung berichtet, dass der Entwurf des Berichts versandt wurde und erläutert die Anlage. Die entsprechenden Ressorts seien eingeladen worden und begrüßt Frau Rottmann (SKB), Frau Claussen (SJV) und Herrn Panzer (SF).

Es wird vorgeschlagen, dass zunächst Herr Dr. Steinbrück und die Vertreter der Behindertenverbände Ihre Anliegen vortragen können, im Anschluss die Vertreterinnen und Vertreter der Ressorts die Positionen vorstellen, um dann Nachfragen zu stellen.

Es folgt die Anhörung. Herr Steinbrück führt zunächst in die Änderungswünsche ein und führt diese kurz aus (vgl. Anlage 1 der Vorlage). Im Anschluss führen Herr Frankenstein (Selbstbestimmt Leben), Herr Frehe (Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.) und Herr Stegmann (LAG Selbsthilfe) ergänzend zu einzelnen Punkten aus. Sie weisen insbesondere daraufhin, dass eine Verbandsklage ohne eine Übernahme des Kostenrisikos ins Leere laufen würde. Die mit einer Klage verbundenen Kosten würden kleine Verbände überfordern. Dies gelte auch, wenn sich diese für Klagen zusammenschließen würden. Es wird darüber hinaus kritisiert, dass der vom Senat verabschiedete Entwurf von vorherigen Entwürfen negativ abweichen würde.

Im Anschluss erläutern die Ressortvertreter die vorliegenden Stellungnahmen mit Blick auf die entsprechenden Schwerpunkte der jeweiligen Ressorts. Insbesondere müssten Fristen und Vorgaben in der Praxis auch umsetzbar sein. Die fordernden Bauprozesse in den verschiedenen Bereichen dürften nicht verzögert werden, dies drohe jedoch, wenn Zeit und Energie an anderen Stellen gebunden würden.

Es schließt sich ein Austausch mit den Verbands- und Ressortvertreterinnen an, an dem sich Herr Erlanson (Fraktion Die Linke), Herr Möhle, Frau Bredehorst (beide Fraktion der SPD) und Frau Grönert (Fraktion der CDU) beteiligen.

Die Anhörung wird für die Diskussion der Änderungsvorschläge um 16:30 Uhr bis 17:00 Uhr unterbrochen.

Herr Möhle schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3 direkt im Anschluss zu behandeln.

**TOP 3: Bremisches Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen
Behindertengleichstellungsrechts (Vorlage Nr. 130/19)**

Herr Möhle (Fraktion der SPD) führt in einen zuvor von den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD verteilten Vorschlag zu Änderungen an dem vorliegenden Gesetzentwurf ein. Dieser solle als Anlage 2 dem Bericht an die Bürgerschaft beigefügt werden.

Herr Steinbrück bedankt sich für den Vorschlag und weist auf redaktionelle Fehler hin, die entsprechend korrigiert werden.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) bittet darum, entsprechende Vorschläge zukünftig früher zu erhalten.

Bei Enthaltung der Fraktionen Die Linke und der AFD beschließt die Deputation folgenden

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 28.11.2018 zur Kenntnis und empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Gesetzentwurf zum Bremischen Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts (Drs. 19/1826) mit den im Bericht vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.

Hinweis der Verwaltung: Die Anlage 2 ist dem Protokoll angefügt.

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018.

TOP 2: Protokoll über die Sitzung am 01.11.2018

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 01.11.2018.

TOP 4: Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen – Teilhabe fördern und Diversität gestalten (Vorlage Nr. 131/19)

Herr Staatsrat Fries führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Möhle verweist auf die Debatte im Jugendhilfeausschuss.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke), Frau Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen), Frau Grönert (Fraktion der CDU) bedanken sich für den Bericht.

Nachfragen der Deputierten werden von der Verwaltung beantwortet.

Gegen die Stimme von Herrn Tassis (AfD) fasst die Deputation folgenden

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die „Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen – Teilhabe fördern und Diversität gestalten“ der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die Vorlage dem Senat zur Kenntnisnahme und zur Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft vorzulegen.

TOP 5: Richtlinie zur Landesförderung der Schuldnerberatung in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (Vorlage Nr. 132/19)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Herr Luz (LAG FW) merkt an, dass einige Schuldnerberatungsstellen in Bremerhaven im Rande der Insolvenz gestanden hätten. Er hofft, dass Bremerhaven jetzt Verträge mit den Schuldnerberatungsstellen abschließt und bedankt sich für die gefundene Lösung.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) teilt mit, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Man müsse zukünftig aber stärker darauf achten, was nach Einleitung von Insolvenzverfahren geschehe.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der vorgelegten und erläuterten „Richtlinie zur Landesförderung der Schuldnerberatung geeigneter Stellen gemäß § 305 Insolvenzordnung“ zu und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, diese mit Wirkung ab dem 01.01.2019 in Kraft zu setzen.

TOP 6: Stiftung Anerkennung und Hilfe (Vorlage Nr. 133/19)

Die Verwaltung beantwortet Nachfragen der Deputierten.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zum Umsetzungsstand des Stiftungszweckes und zur vorgesehenen Verlängerung der Antragsfrist um ein Jahr bis zum 31.12.2020 sowie zur entsprechenden Anpassung der Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis. Die vorgesehene Umsetzung erfolgt unter der Maßgabe der Einhaltung des mit den Errichtern vereinbarten Gesamtfinanzrahmens und der noch ausstehenden Zustimmung der ASMK am 05./06.12.2018.

**TOP 7: Personelle Verstärkung der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht /
Aktuelle Personal- und Arbeitssituation
(Vorlage Nr. 129/19 in der Sitzung am 01.11.2018 ausgesetzt)**

Frau Grönert (Fraktion der CDU) merkt an, die Regelprüfung hätte die Behörde auch in diesem Jahr nicht geschafft. Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) betont, man sei auf den richtigen Weg. Er wird der Vorlage zustimmen.

Herr Staatsrat Fries beantwortet Fragen von Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke).

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.

TOP 8: Pflegeberufsreformgesetz

Herr Möhle schlägt vor, die Punkte a) bis c) zusammen zu beraten.

Herr Staatsrat Fries führt in Tagesordnungspunkte ein.

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) berichtet, das die Vorlage „Umsetzung des Pflegeberufegesetz im Land Bremen“ auch in der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beraten und entsprechend des Beschlussvorschlages beschlossen wurde.

Fragen von Frau Bredehorst (Fraktion der SPD) zur Ausbildungsvergütung werden von der Verwaltung beantwortet.

a) Stand Umsetzung Pflegeberufereformgesetz (Vorlage Nr. 134/19)

Beschluss

Die Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Umsetzung des Pflegeberufegesetzes zur Kenntnis.

b) Bekanntmachung über die zuständigen Behörden und Stellen nach dem Pflegeberufegesetz (Vorlage Nr. 135/19)

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Entwurf zur Bekanntmachung über die zuständigen Behörden und Stellen nach dem Pflegeberufegesetz zur Kenntnis.

c) Vorfinanzierung der zuständigen Stelle nach dem Pflegeberufegesetz (Vorlage Nr. 136/19)

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der vorgeschlagenen Vorfinanzierung der zuständigen Stelle vom 13.11.2018 vorbehaltlich der Bestimmung der zuständigen Stelle durch die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zu.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport nach erfolgter Bekanntmachung der zuständigen Stelle die haushaltstechnische Umsetzung der Finanzierung der zuständigen Stelle 2019 über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.
3. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt zur Kenntnis, dass sich die Zuständige Stelle voraussichtlich ab 2023 aus der Veraltungskosten-pauschale refinanziert.
4. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, in Abstimmung mit dem Senator für Inneres, Mitte 2019 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

TOP 9: Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen, die Opfer von Daesh*-Terror geworden sind, aufsetzten (Vorlage Nr. 137/19)

Herr Staatsrat Fries berichtet über den aktuellen Sachstand. Der nächste Schritt sei die Befassung des Senats mit dem Ziel der Einrichtung einer Arbeitsstruktur. Der Deputation soll in der Februar-Sitzung erneut berichtet werden.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) bedankt sich.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Sachstandsbericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 03.12.2018 zur Kenntnis.

TOP 10: Produktbereichscontrollingbericht 1-9/2018 (Vorlage Nr. 138/19)

Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) stellen Nachfragen, die von der Verwaltung beantwortet werden.

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Produktbereichs-Controllingbericht 1-9/2018 zur Kenntnis.

TOP 11 : Bericht zum Stand der Versorgung, Teilhabe und Integration unbegleiteter minderjähriger und heranwachsender Ausländer*innen (umA) (Vorlage Nr. 139/19)

Herr Möhle verweist auf die gründliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss.

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) bittet darum, dass in zukünftigen Berichten auch auf die Situation im Bereich Entgiftung eingegangen wird.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 12: Verschiedenes

a) Veröffentlichung von Leistungsentgelten sozialer Einrichtungen (Berichtsbitte der Fraktion der CDU vom 04.10.2018) (Vorlage Nr. 140/19)

Herr Staatsrat Fries beantwortet eine Nachfrage von Frau Grönert (Fraktion der CDU).

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis.

b) Spielplatz bei der ZAST wieder instand setzen (Antrag von Herrn Tuncel (Fraktion Die Linke) vom 05.12.2018)

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) weist auf seinen Antrag „Spielplatz bei der ZAST wieder instand setzen“ vom 05.12.18 hin und bittet um Beantwortung. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Hinweis der Verwaltung:

Auf dem Grundstück der Erstaufnahme in der Lindenstraße wurde ein Spielplatz mit Rutsche, Schaukeln, einem Sandkastenbereich, Sitzgelegenheiten und einem Bolzplatz errichtet. Aufgrund von Vandalismus mussten die Schaukeln zwischenzeitlich abmontiert werden, ein Tor musste ebenfalls demontiert werden. Die Sitzgelegenheiten werden in Kürze einbetoniert, da auch diese leider unzumutbar genutzt werden. Ziel ist es, den Spielplatz sowie den Bolzplatz zum Frühling hin wieder zu erneuern. Ziel ist es zudem zusätzliche Geräte aus aufgegebenen Übergangswohnheimen dort zu installieren. Hierzu finden derzeit Prüfungen statt.

Für die in der Lindenstraße untergebrachten Kinder werden von mehreren extra hier eingestellten Erziehern werktags täglich Angebote zur Beschäftigung gemacht z.B. Spiel und Sport im Bewegungsraum, Tischtennis, Spiele Treff, malen und basteln im Kreativraum, die Ehrenamtliche lesen außerdem mit Kindern. Zudem findet für schulpflichtige Kinder eine Hausbeschulung durch die Senatorin für Kinder und Bildung statt.

c) Berichtsbitte der Fraktion der CDU zu den Bearbeitungsrückständen in der Hilfe zur Pflege im Amt für Soziale Dienste Bremen

Frau Grönert (Fraktion der CDU) erinnert daran, dass sie in der Sitzung der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 23.08.2018 um eine erneute Berichterstattung in drei Monaten gebeten hatte.

d) Berichtsbitte Organisationsassistentz

Frau Grönert (Fraktion der CDU) bittet zur nächsten Sitzung um einen Bericht über den Stand der Organisationsassistentz.

Sprecher

Protokollführerin

Anlage

- Zu TOP 3: Anlage 2 „Empfehlungen für einen Änderungsantrag“

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 06.12.2018	Sitzungsort: KWADRAT (Werkstatt Bremen/Martinshof), Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
---	------------------------	---

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:16 Ende der staatlichen Sitzung: 18:02
 Beginn der städtischen Sitzung: 18:09 Ende der städtischen Sitzung: 19:37

Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	- E -
Staatsrat Jan Fries	<i>Jan Fries</i>

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	<i>S. Ahrens</i>
Böttger-Türk, Gunda (Dep.) SPD	L		<i>G. Böttger-Türk</i>
Brededorst, Gönül (Dep.) SPD		X	<i>G. Brededorst</i>
Dr. Dr. Buhlert, Magnus (MdBB) FDP <i>Julie Köhlrausch</i>		X	<i>M. Buhlert</i>
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		<i>H. Dumas</i>
Erlanson, Peter (MdBB) Die Linke	X		<i>P. Erlanson</i>
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) B'90/Die Grünen - stellvertr. Sprecherin Land -	X		<i>S. Görgü-Philipp</i>
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	<i>S. Grönert</i>
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		<i>Petra Jäschke</i>
Krümpfer, Petra (MdBB) SPD		X	<i>P. Krümpfer</i>
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		<i>H. Lürßen</i>
Möhle, Klaus (MdBB) SPD - Sprecher -	X	X	<i>K. Möhle</i>
Dr. Redder, Volker FDP	X		<i>Dr. Redder</i>
Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	<i>A. Tassis</i>
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	<i>V. Tuchel</i>
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke		X	<i>C. Tuncel</i>
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen		X	<i>K. Wargalla</i>
Yildiz, Kebire (MdBB) B'90/Die Grünen - stellvertr. Sprecherin Stadt -	X	X	<i>K. Yıldiz</i>

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 06.12.2018	Sitzungsort: KWADRAT (Werkstatt Bremen/Martinshof), Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen
---	------------------------	---

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Martin Wind	
Monika Franke	
Dr. David Lucksien	
Björn Neumann	
Mischka Kahre	

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Ulrich Pottmann	Sekretariat f. Kinder, Jugend
Kai J. Steinhilber	LBB
Dr. Joachim Steinbrück	LBB
Manique Birkner	LBB
Dieter Stegmann	LAG Selbsthilfe HB

**Sitzung der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am
06.12.2018, Anlage 2 zu TOP 3 „Bremisches Gesetz zur Weiterentwicklung des
Bremischen Behindertengleichstellungsrechts (Vorlage Nr. 130/19)“**

Empfehlungen für einen Änderungsantrag

Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen Behindertengleichstellungsrechts

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Artikel 1 des Gesetzentwurfs wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Satz 1 werden die Wörter „in der Regel“ durch das Wort „grundsätzlich“ ersetzt.
2. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden die Wörter „oder zu einer unverhältnismäßigen zeitlichen Verzögerung führt“ gestrichen.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „30. Juni 2025“ durch die Angabe „1. Januar 2023“ ersetzt.
3. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Die Senatsressorts berichten den jeweiligen Ausschüssen und Deputationen jährlich über die vorgenommenen Umsetzungsschritte der elektronischen Barrierefreiheit.“
 - b) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:
„Die Freie Hansestadt Bremen wirkt darauf hin, dass insbesondere gewerbsmäßige Anbieter von Websites und mobilen Anwendungen sowie von grafischen Programmoberflächen, die mit Mitteln der Informationstechnik dargestellt werden, insbesondere durch Zielvereinbarungen nach § 6 Absatz 2 ihre Produkte so gestalten, dass sie barrierefrei genutzt werden können.“
4. § 20 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 8 Absatz 1“ durch die Angabe „§ 8 Absätze 1 und 3“ ersetzt.
 - b) Folgender Satz 2 wird angefügt:
„Auf Antrag können dem Verbandsklageberechtigten von der beklagten Behörde die im Falle des Unterliegens zu tragenden Kosten des Beklagten und die Gerichtskosten erstattet werden, soweit eine Kostentragung für den Verbandsklageberechtigten eine unbillige Härte darstellen würde.“
5. § 25 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Buchstabe a wird folgender Buchstabe b eingefügt:
„b) diebeauftragte Person der Stadtgemeinde Bremerhaven,“
 - b) Die bisherigen Buchstaben b bis d werden die Buchstaben c bis e.